

Startseite › Lokales › München

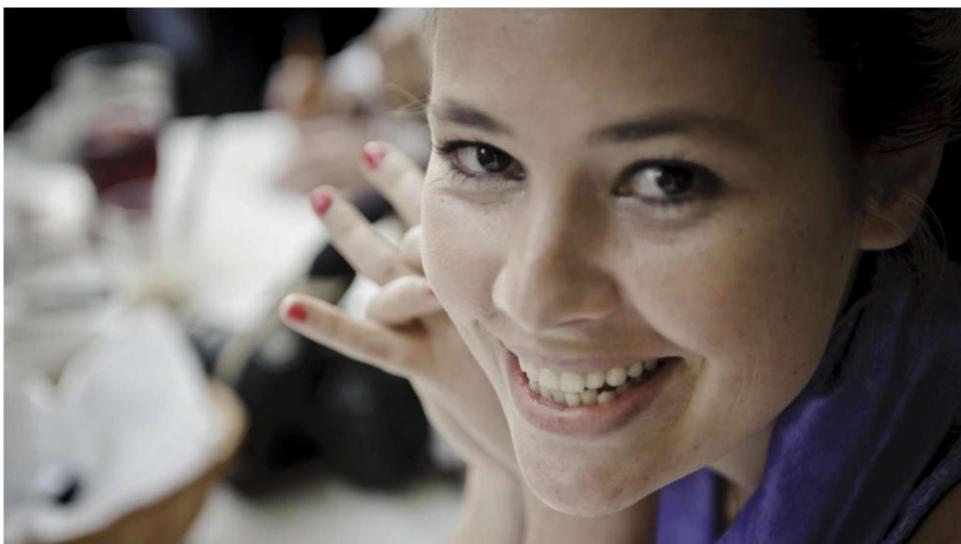
In der Psychiatrie getötet: Grüne fordern Aufklärung zum Fall Kamilla – „beschämendes Maß an Intransparenz“

25.06.2025, 17:47 Uhr

Von: [Andreas Thieme](#)

 Kommentare

 Drucken  Teilen



Kamilla Nagy wurde am 31. Mai 2022 in der Psychiatrie getötet. © privat

Ihr Fall wird zum Politikum: Weil Kamilla Nagy in der Psychiatrie getötet wurde, forderten die Grünen eine Stellungnahme der Staatsregierung. Doch deren Antwort lässt viele Fragen offen.

München – Die Grünen im Bayerischen Landtag fordern Aufklärung zu den Umständen der Tötung von Kamilla Nagy. Die Künstlerin war im Mai 2022 im Bezirkskrankenhaus Haar von einem Mitpatienten erschlagen worden, der in ihr Zimmer eingedrungen war. Dazu hatte die Partei eine schriftliche Anfrage an die Staatsregierung gestellt. Die Antwort offenbare nun aber „ein beschämendes Maß an Abwehrhaltung und Intransparenz“, erklärt die sozialpolitische Sprecherin der Landtags-Grünen, Kerstin Celina.

Grüne wollen Tötung von Patientin aufklären – und kritisieren die Staatsregierung

„Anstatt ihrer fachaufsichtlichen Verantwortung nachzukommen und zur Aufklärung beizutragen, verweigert die Staatsregierung zentrale Auskünfte – unter Verweis auf juristisch nicht haltbare Argumentationsmuster“, kritisiert Celina. Die Staatsregierung verweigere die Beantwortung grundlegender Fragen – etwa, ob die gesetzlichen Vorgaben zur fachärztlichen Untersuchung nach dem Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) eingehalten wurden. Auch zur Behandlungsdokumentation, zur Risikoanalyse selbst zu organisatorischen Basisdaten wie Personalausstattung und Stationskonzept schweige sie und nennt ein Zeugnis- oder Aussageverweigerungsrecht der Mitarbeiter als Grund.



Das Isar-Amper-Klinikum in Haar: Hier wurde die Patientin getötet. © brouczek/tz

Der Staat habe die Aufgabe, Leben und körperliche Unversehrtheit zu schützen – besonders bei Patienten in staatlichen Schutzeinrichtungen. „Der staatliche Schutzauftrag wurde hier also in dramatischer Weise verfehlt“, erklärt Kerstin Celina. „Die Strukturen, die genau solche Verbrechen verhindern sollen, haben in diesem Fall offensichtlich versagt. Wir wollen wissen, warum!“

Völlig unklar bleibt, welche Maßnahmen zum Schutz der Patienten getroffen wurden

Die Staatsregierung könne sich dem parlamentarischen Auskunftsrecht der Bayerischen Abgeordneten nicht mit Verweis auf Aussageverweigerungsrechte Dritter entziehen. Völlig unklar bleibe, ob – und wenn ja, welche – Maßnahmen zum Schutz der Patienten getroffen wurden oder warum diese unterlassen wurden. „Der Eindruck drängt sich auf, dass es gravierende Defizite im Schutzsystem psychiatrischer Einrichtungen gibt“, sagt Celina. „Doch statt Verantwortung zu übernehmen, schützt die Staatsregierung offenbar vor allem sich selbst – und verweigert jede ernsthafte Aufarbeitung.“

Antwort der Regierung lasse „auch die Angehörigen der Opfer im Stich“

Es gelte, mögliche Fehler aufzuarbeiten. Die Antwort der Regierung hingegen lasse „auch die Angehörigen des Opfers und die Öffentlichkeit im Stich“, sagt Kerstin Celina. Das Vertrauen in den Rechtsstaat stehe im Fall Kamilla Nagy auf dem Spiel. „Ich appelliere an Sozialministerin Scharf, endlich den Mut zur schonungslosen Aufklärung aufzubringen. Wenn die Staatsregierung weiterhin Transparenz verweigert, schadet sie nicht nur dem Aufklärungsprozess – sondern genau jenen, die in den psychiatrischen Einrichtungen arbeiten oder dort Hilfe suchen.“ Die Landtagsgrünen wollen weitere Anfragen stellen und fordern Sozialministerin Scharf auf, öffentlich aufzuklären.

Anwältin spricht von möglicher Vertuschung

Auch Anwältin Jella von Wiarda, die die Familie der Hinterbliebenen vertritt, übt Kritik. „Es entsteht der Eindruck, dass in diesem Fall, in dem sich die Durchführung eines ordentlichen Ermittlungsverfahren geradezu aufdrängt, womöglich etwas vertuscht werden soll. Anders kann ich mir nicht erklären, warum nun auch noch die Regierung jegliche Aufklärung zu verhindern versucht und die verfassungsmäßige Rechte der Landtagsfraktion untergräbt“, sagt die Rechtsanwältin. „Wir hoffen, dass der Fall nun durch die Unterstützung der Politik endlich Gehör findet und rechtstaatliche Ermittlungen durchgeführt werden.“